



Erklärung des Migranten- und Vertrauensleuteausschusses der IG Metall Dortmund zum 1. Mai

An
den Polizeipräsidenten der Stadt Dortmund
den Oberbürgermeister
alle demokratischen Parteien im Rat und der Stadt Dortmund
den DGB und die Einzelgewerkschaften
die demokratische Öffentlichkeit in Dortmund

1. Wir begrüßen die große Beteiligung an den 1. Maifeierlichkeiten des DGB in Dortmund in diesem Jahr. Das zeigt, dass die Arbeiterinnen und Arbeiter in Betrieben und Verwaltung bereit sind, für ihre Interessen auf die Straße zu gehen.

2. Wir begrüßen gleichermaßen den tausendfachen antifaschistischen Protest, der am 1. Mai in vielfältigen Formen von der Bevölkerung zum Ausdruck kam. Vor allem die Jugend war sehr aktiv. All das beweist, dass Dortmund die Nazis satt hat!

3. Wir protestieren entschieden gegen das Verhalten der Verantwortlichen bei der Stadt, Land und Polizei:

- Viele unserer Kollegen konnten die DGB- und antifaschistischen Veranstaltungen nicht besuchen, weil die öffentlichen Verkehrsmittel blockiert waren. Gleichzeitig wurden die Neonazis, nachdem sie zwei Polizeisperren durchbrochen hatten, mit von der Stadt bereitgestellten Bussen zu ihrem Kundgebungsplatz gefahren. Wir fordern, die Verantwortlichen dafür zur Rechenschaft zu ziehen. Wenn künftig unsere Kollegen der Busunternehmen sich weigern, solche Fahrten durchzuführen, können sie auf unsere volle Solidarität setzen!
- Wer ist dafür verantwortlich, dass die Polizei ca. 200 antifaschistische Plakate entlang der Demoroute der Neonazis abgehängt hat und damit das Grundrecht auf Meinungsfreiheit eingeschränkt hat?
- Wo sind unsere demokratischen Rechte, wenn über drei Stadtteile der Ausnahmezustand verhängt wird und damit die Bewegungsfreiheit eines großen Teils der Dortmunder Bürgerinnen und Bürger massiv behindert und eingeschränkt wurde?
- Wer in der Stadtverwaltung hat entschieden, dass den Neonazis der Kundgebungsplatz an der Pothecke zur Verfügung gestellt wurde? Wer hat entschieden, dass mit kommunalen Geldern dieser Platz von Gülle gesäubert wurde?
- In den Kundgebungsreden der Nazis wurden demokratische Parteien, die Gewerkschaften und Migranten massiv angegriffen und beschimpft, ohne dass die Polizei eingegriffen hätte.

Wir nehmen nicht hin, dass wesentliche Grundrechte eingeschränkt werden, während die Neonazis geschützt und hofiert werden und somit ihre braune Propaganda in Dortmund verbreiten können.

Wir fordern Aufklärung, Feststellung der Verantwortlichen und personelle Konsequenzen.

4. Wir fordern die Bundesregierung auf, ihrer Verpflichtung neofaschistische Organisationen, ihre Propaganda und Umtriebe zu verbieten, wie das Potsdamer Abkommen und das Grund-

gesetz dies eindeutig vorschreiben! Deshalb unterstützen wir als ersten Schritt das Verbot der NPD, wie es auch vom DGB Vorsitzenden Sommer am 1. Mai gefordert worden ist.

5. Wir fordern vom Polizeipräsidenten und der Stadtspitze, mit der Berufung auf das Potsdamer Abkommen, alle neofaschistischen Aktivitäten in Dortmund zu verbieten, damit ein politisches Zeichen zu setzen und somit – ungeachtet juristischer Einsprüche – die Werbung und Mobilisierung für diese Aktivitäten zu erschweren.

6. Wir treten für den Zusammenschluss und vorbehaltlose Zusammenarbeit aller demokratischer und antifaschistischer Kräfte ein, über weltanschauliche Grenzen hinweg. Die Spaltung der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung hat die Machtergreifung Hitlers 1933 erst ermöglicht. Das darf sich nicht wiederholen!

7. Wir fordern und unterstützen die antifaschistische Aufklärung vor allem unter der Jugend, in den Schulen, Ausbildungswerkstätten, Betrieben und auf der Straße. Wir fordern die Stadt auf, finanzielle Mittel für eine offensive Kinder- und Jugendarbeit in den Stadtteilen, für Jugendhäuser, Freizeiteinrichtungen usw. zur Verfügung zu stellen.

8. Wir verpflichten uns, noch energischer den Kampf gegen die unsoziale Politik der Regierung, gegen die Arbeitsplatzvernichtung, für unsere sozialen und politischen Rechte und Interessen zu führen, damit unsere Jugend ein Vorbild hat und eine Zukunft bekommt.

**Der 1. Mai als gesetzlicher Feiertag gehört den Arbeitnehmerinnen
und Arbeitnehmern und nicht der braunen Brut.
Wir haben Nazis satt!**